

Rede
des Landesvorsitzenden der FDP-NRW
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
zum 1. Innovationskongress Steuern und Mittelstand
Montag, 3. März 2008, Düsseldorf

- Es gilt das gesprochene Wort -

Plädoyer für eine mutige Steuerreform in Deutschland

Herzlich willkommen zum ersten Innovationskongress der nordrhein-westfälischen Liberalen. Ich begrüße Sie sehr herzlich und freue mich besonders, dass so viele den Weg zu diesem Kongress gefunden haben. Offensichtlich stößt das Thema Steuern und Mittelstand bei vielen Menschen in unserem Land auf großes Interesse.

Erstmals seit den 60er Jahren sinkt bei uns in Nordrhein-Westfalen die Sockelarbeitslosigkeit. Das Wachstum des letzten Jahres war stärker als im Bundesdurchschnitt. Da ist die Frage vollkommen berechtigt, die sich viele Menschen stellen: Wann kommt der Aufschwung endlich auch bei uns an?

Dass der Aufschwung noch nicht bei den Menschen angekommen ist, hat vor allem einen Grund: Im vergangenen Jahr hat der Staat die Steuern so stark angehoben und damit so viel Steuern eingenommen, wie noch nie in der Geschichte zuvor.

Eine durchschnittliche vierköpfige Familie hat jährlich 1.600 Euro weniger Nettoeinkommen für ihren Lebensunterhalt. Das ist das eigentliche Problem der leistungsfeindlichen Steuer- und Abgabenpolitik: Vom erwirtschafteten Bruttoeinkommen bleibt diesen Familien netto immer weniger Geld für das eigene Leben.

Hinzu kommt die kalte Steuer-Progression – in Wahrheit ist das nichts anderes als eine „heimliche Steuererhöhung“. Der durchschnittliche Steuersatz steigt automatisch an, wenn das Einkommen inflationsbedingt wächst.

Bei Lohnerhöhungen um vier Prozent erhöht sich die steuerliche Belastung um das Doppelte – das kommt durch das schnelle Hineinwachsen in die Steuerprogression, wenn die Bemessungsgrenzen nicht regelmäßig angepasst werden. Das Bundeswirtschaftsministerium sagt selbst: Allein dieser Effekt spült in den nächsten Jahren zusätzlich 63 Milliarden Euro in die Staatskasse. Und 85 Prozent davon bringen die Normalverdiener auf.

Während sich der Finanzminister über das unverhoffte Mehraufkommen freut, so sehr schwächt die kalte Progression die Inlandsnachfrage. Wenn 80 Prozent der Bürger angeben, bei ihnen komme der Aufschwung nicht an, dann liegt eine zentrale Ursache hierfür nicht bei ihren Brutto-, sondern bei ihren Nettolöhnen.

Ebenso abenteuerlich ist es, dass Union, SPD und Grüne bis heute eine Senkung des Solidaritätszuschlages verhindert haben: Man hat ja manchmal den Eindruck, einzelne Politiker machen sich den ganzen Tag ausschließlich Gedanken darüber, wie man an zu hohen Steuern festhalten kann.

In diesem Jahr steigt das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag um 30 Prozent. Für den Aufbau Ost werden mittlerweile aber nur noch rund 60 Prozent aus dem Soli benötigt.

Jetzt erleben wir, wie die Umverteilungspolitiker den Plan treten und sich neue Verwendungsmöglichkeiten ausdenken. Die Forderungen gipfeln in der Aussage des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt: Wolfgang Böhmer meint, man müsse für die „Bürger jetzt eine neue nachvollziehbare Bestimmung“ finden, um den Soli als Einnahmequelle für den Staat zu retten.

Darauf gibt es aus unserer Sicht nur eine vernünftige Antwort: Die Soli-Milliarden, die nicht für den Aufbau Ost benötigt werden, gehören keinem anderen als den Steuerzahlern selbst. Deshalb muss der Soli jetzt auch gesenkt werden, als Einstieg von 5,5 auf 3,3 Prozentpunkte. Und für den Rest brauchen wir einen festen Auslauftermin.

Deutschland braucht endlich vor allem aber eine umfassende Steuerreform. Eine Reform, die den Menschen die Luft zum Atmen lässt. Ein Steuersystem, das Spielraum lässt für die Menschen, die für ihren Lebensunterhalt, für Alters- und Gesundheitsvorsorge selbst aufkommen und nicht auf den Staat angewiesen sein wollen.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger von einer guten Konjunktur auch persönlich profitieren. Mehr Wohlstand für alle – das ist das Ziel der FDP und das Ziel unsers Modells: einfach, niedrig und gerecht. Wir brauchen eine solche Reform vor allem, um die Wettbewerbsfähigkeit auch in konjunkturell schlechteren Zeiten bewahren zu können. Wenn wir die Strukturreformen jetzt nicht angehen, dann wird uns die nächste Konjunkturkrise doppelt hart treffen.

Mit diesem Steuerreformmodell stehen wir für eine faire und gerechte Besteuerung der Menschen – von der Krankenschwester und dem Angestellten bis zum Polizeibeamten und der Unternehmerin.

Das sind die eigentlichen Leistungsträger in Deutschland. Das sind aber auch die Menschen, die steuerlich gesehen einer Spitzenbelastung ausgesetzt sind. Bei den unteren Einkommen war der Tarifeinstieg noch nie so steil wie im derzeit geltenden Steuersystem. Erwerbstätige, die gerade einmal 25.000 Euro verdienen, müssen bereits jeden vierten Euro an den Fiskus abführen. Das halten wir für dringend reformbedürftig!

Ich begrüße an dieser Stelle sehr herzlich den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, den finanzpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Hermann Otto Solms, der das FDP-Steuerreformmodell als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht hat. Ich begrüße ebenso herzlich aus Nordrhein-Westfalen unseren Bundestagsabgeordneten und Mitglied im Finanzausschuss Frank Schäffler.

Plädoyer für ein Steuer- und Transfersystem aus einem Guss

Der gleiche Reformbedarf offenbart sich bei den sozialen Sicherungssystemen. Die Hartz-Gesetze brauchen nicht nur endlich einen anständigen Namen. Die Agenda 2010 war ebenso notwendig wie gut gemeint – aber ebenso unvollständig wie schlecht gemacht.

Während andere bereits die Rolle rückwärts eingeleitet haben, streben wir eine mutige Weiterentwicklung an - hin zu einem Steuertransfer-System aus einem Guss: Die FDP fordert ein leistungsgerechtes Bürgergeld mit weniger Bürokratie und mehr Effizienz.

Denn es fehlen immer noch wirksame Anreize, Einkommen und Vorsorge selbst zu erwirtschaften. Im OECD-Vergleich von 29 Ländern gibt es nur noch in Tschechien und Italien geringere Anreize zur Arbeitsaufnahme als in Deutschland.

Leistungsfeindlicher kann das System kaum sein: Ein Vier-Personen-Haushalt hat einen Anspruch von etwa 1.630 Euro Arbeitslosengeld II. Soviel Nettoeinkommen muss man erst einmal Brutto verdienen.

Wenn einem Arbeitnehmer aus seiner Erwerbstätigkeit weniger Netto verbleibt, als wenn er ausschließlich auf Transferleistungen zurückgreift, dann untergräbt dies das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit und Gerechtigkeit der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Probleme bestehen vor allem bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten: Im gleichen Haushalt mit 1.630 Euro ALG II-Anspruch lohnt es sich kaum, eigenes Einkommen zu erwirtschaften und so den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Von einem Hinzuverdienst von brutto 1.200 Euro bleiben gerade einmal 280 Euro netto zusätzlich zum ALG II übrig. Bei einer Gehaltserhöhung von 300 Euro bleiben dann sogar nur noch 30 Euro netto übrig. Mehr-Einkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro bringt sogar keinen einzigen Cent zusätzliches Nettoeinkommen.

Wer die Systeme so gestaltet, bremst jegliche Motivation für ehrliche Arbeit, persönliche Anstrengung und Leistungsbereitschaft aus. Dann kann es auch nicht verwundern, dass der Abbau der Sockelarbeitslosigkeit nur so schleppend vorankommt.

Was wir brauchen sind bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten, ein höheres Schonvermögen für angesparte Altersvorsorge und anstelle der nunmehr auch von den Gerichten für unzulässig erklärten Arbeitsgemeinschaften (Argen) eine effiziente Bündelung der Transferleistungen bei den Finanzämtern.

Mit dem Bürgergeld wollen wir möglichst alle Sozialleistungen zusammenfassen. Bürgergeld und Steuern können dann im Finanzamt miteinander verrechnet werden. Bürger mit höherem Einkommen zahlen Steuern an das Finanzamt, Bürger mit niedrigem oder gar keinem Einkommen bekommen eine Steuergutschrift ausbezahlt.

So schaffen wir ein einfaches, verständliches und dadurch gerechtes Sozialsystem. Liberale Sozialpolitik, wie wir sie verstehen, heißt: Wirksame Hilfe für jene, die sich selbst nicht helfen können. Und: Wer arbeitet, muss netto immer mehr haben, als der, der sich vor zumutbarer Arbeit drückt.

Ein leistungsgerechtes Bürgergeld senkt Bürokratiekosten und begrenzt die Schattenwirtschaft. Jeder bisherige Transferempfänger, der in der Aufnahme eigener Arbeit einen Anreiz sieht, trägt direkt zur Entlastung des Sozialbudgets bei – und gelangt darüber auch selbst zu einem höheren Nettoeinkommen. So wird aus dem sozialen Netz, das auffängt, endlich ein Trampolin, das dem Einzelnen wieder Sprungkraft verleiht.

